



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV

21. März 2018

Vernehmlassungsverfahren zur Steuervorlage 17 (SV17)

Ergebnisbericht

Übersicht

Insgesamt sind 127 Stellungnahmen eingegangen. Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer den dringenden Reformbedarf anerkennt. Dementsprechend werden die Zielsetzungen der Reform wie auch die Abschaffung der Regelungen für kantonale Statusgesellschaften befürwortet.

In Bezug auf die konkrete Ausgestaltung der Reform bestehen indes zum Teil weiterhin erhebliche Differenzen. Grundsätzlich befürworten politisch linke Kreise engere steuerliche Sonderregelungen und mehr Massnahmen im Bereich der Ausgewogenheit. Bürgerliche Kreise befürworten demgegenüber tendenziell weitergehende Sonderregelungen und weniger Massnahmen im Bereich der Ausgewogenheit.

Die Anpassungen im Finanzausgleich finden eine breite Zustimmung. So ist die Einführung eines generellen Zeta-Faktors für die tiefere Gewichtung der Unternehmensgewinne in der Berechnung des Ressourcenpotenzials im Grundsatz unbestritten. Teilweise werden jedoch Alternativen vorgeschlagen für die Ausgestaltung der Zeta-Faktoren bzw. bezüglich der Ergänzungsbeiträge. Wie bei den steuerpolitischen Massnahmen bestehen indessen auch hier keine Mehrheitspositionen gegenüber der in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Lösung.

Die Kantone und – im Gegensatz noch zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) – auch die Städte und Gemeinden unterstützen die SV17 in der vorgeschlagenen Form weitestgehend. Sie fordern jedoch einen höheren Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer als in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagen. Diese Forderung wird von vielen Parteien sowie zahlreichen Verbänden und Organisationen geteilt.

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	4
2	Eingegangene Stellungnahmen	4
3	Die Vernehmlassungsvorlage	4
3.1	Ausgangslage	4
3.2	Inhalt der Vorlage	4
4	Ergebnisse der Vernehmlassung	5
4.1	Strategische Stossrichtung der SV17	5
4.2	Zentrale Massnahmen der SV17	6
4.2.1	Abschaffung der Regelungen für kantonale Statusgesellschaften	6
4.2.2	Einführung einer Patentbox (Gesetz und Verordnung)	7
4.2.3	Einführung zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsabzüge (F&E-Abzüge)	9
4.2.4	Einführung einer Entlastungsbegrenzung	10
4.2.5	Erhöhung der Dividendenbesteuerung	11
4.2.6	Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer	12
4.2.7	Berücksichtigung der Städte und Gemeinden	13
4.2.8	Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen	14
4.3	Weitere Massnahmen der SV17	15
4.3.1	Entlastungen bei der Kapitalsteuer	15
4.3.2	Aufdeckung stiller Reserven	16
4.3.3	Anpassungen bei der Transponierung	17
4.3.4	Ausdehnung der pauschalen Steueranrechnung	18
4.3.5	Anpassungen im Finanzausgleich	19
a	<i>Allgemeine Bemerkungen</i>	19
b	<i>Verordnungsänderungen zum Finanzausgleich (FiLaV): Stichtag für die Statusaufgabe</i>	20
c	<i>Verordnungsänderungen zum Finanzausgleich (FiLaV): Spannweite der Unter- und Obergrenzen der Zeta-Faktoren</i>	21

1 Ausgangslage

Am 6. September 2017 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zur Steuervorlage 17 (SV17) durchzuführen. Dieses dauerte bis zum 6. Dezember 2017. Insgesamt gingen 127 Stellungnahmen ein.

2 Eingegangene Stellungnahmen

Eine Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (inklusive Abkürzungen) ist im Anhang ersichtlich.

Im Folgenden werden die wichtigsten Aussagen aus den Stellungnahmen zusammengefasst, die von einer grösseren Zahl der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer geäußert wurden. Die detaillierten Stellungnahmen können unter <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2017.html#EFD> abgerufen werden.

3 Die Vernehmlassungsvorlage

3.1 Ausgangslage

Am 12. Februar 2017 wurde die Unternehmenssteuerreform III (USR III) vom Stimmvolk abgelehnt. Damit bleiben das geltende Steuersystem und namentlich die steuerliche Privilegierung der kantonalen Statusgesellschaften in Kraft. Diese Privilegierung steht nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards. Diese Situation führt bei Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, zu Rechts- und Planungsunsicherheiten und schadet dem Standort sowie der Reputation der Schweiz. Eine Reform des schweizerischen Unternehmenssteuerrechts ist unverändert dringlich.

3.2 Inhalt der Vorlage

Die SV17 soll eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung mit international akzeptierten Regelungen sicherstellen. Zudem soll die Vorlage ausgewogen sein. Letzterem schenkt die Vernehmlassungsvorlage zur SV17 durch gezielte Massnahmen mehr Beachtung als die USR III.

Ausgangspunkt ist die Abschaffung der international nicht mehr akzeptierten Regelungen für kantonale Statusgesellschaften. Damit die Schweiz weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt, wird diese Massnahme durch die Einführung neuer steuerlicher Sonderregelungen begleitet. Die Kantone erhalten zudem finanzpolitischen Spielraum, damit sie bei Bedarf ihre Gewinnsteuern senken können, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Der Finanzausgleich wird an die neuen steuerpolitischen Realitäten angepasst, so dass es nicht zu Verwerfungen unter den Kantonen kommt. Mit der Erhöhung der Dividendenbesteuerung und der Mindestvorgaben des Bundes für Familienzulagen wird der Ausgewogenheit der Vorlage Rechnung getragen.

Die Vernehmlassungsvorlage zur SV17 sieht keine Steuersenkungen auf Bundesebene vor. Die jährliche Mehrbelastung auf Stufe Bund beträgt rund 750 Millionen Franken. Sie ist darauf zurückzuführen, dass sich der Bund angemessen an den Kosten der Vorlage beteiligt, die bei den Kantonen entstehen.

4 Ergebnisse der Vernehmlassung

4.1 Strategische Stossrichtung der SV17

Die strategische Stossrichtung besteht aus folgenden vier Elementen:

- Aufhebung von steuerlichen Regelungen, die nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards stehen;
- Einführung neuer Sonderregelungen, die den internationalen Standards entsprechen, kombiniert mit kantonalen Gewinnsteuersatzsenkungen;
- Anpassung des Finanzausgleichs an die neuen steuerpolitischen Realitäten;
- ausgewogene Verteilung der Reformlasten.

Wichtigste Aussagen:

Zustimmende Stellungnahmen

Die KdK/FDK, alle Kantone, Städte- und Gemeindeverbände wie auch die grosse Mehrheit der Parteien und der Organisationen begrüssen die vorgeschlagene Stossrichtung grundsätzlich.

Die KdK/FDK, alle Kantone, Städte- und Gemeindeverbände sowie viele Parteien und zahlreiche Organisationen fordern namentlich einen höheren Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer.

Ablehnende Stellungnahmen

Die GPS und der SGB sind gegen die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer.

Für 11 Organisationen (AGV, CCI-Valais, SFB, SGV, Freiheit + Verantwortung, KGL, IHZ, KMU-Forum, SBmV, SGUV, VPAG, WU) verletzt die Vorlage föderalistische Grundsätze und/oder ist unverträglich für KMU.

Reduzierte Vorlage

Die CVP, IHK SG-A und SVDS möchten, dass dem Parlament eine reduzierte Vorlage unterbreitet wird. Diese würde in etwa die Aufhebung der kantonalen Statusgesellschaften, die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer, die Aufdeckung stiller Reserven und die Anpassung des Finanzausgleichs enthalten.

Zusätzliche steuerliche Entlastungen

Die KdK/FDK, 14 Kantone (AR, BE, GL, GR, JU, LU, NW, SG, SH, SO, SZ, TG, ZG, ZH), die Städtische Steuerkonferenz und drei Parteien (FDP, glp, SVP) sowie 30 Organisationen (economiesuisse, SBVg, EXPERTsuisse, VAV, CVCI, Coop, CVP Kanton ZH, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, Forum Zürich, GZA, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, hotelleriesuisse, ICC Switzerland, IG Detailhandel, IHZ, IVS, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, SBV, SGUV, SVV, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, Swissmem, WK-BL, ZBV) befürworten die Aufnahme der zinsbereinigten Gewinnsteuer auf überdurchschnittlichem Eigenkapital in die Vorlage.

Die SVP sowie fünf Organisationen/Weitere (TREUHANDSUISSE, CNCI, FTAF, Marti, SOHK) fordern weitere steuerliche Massnahmen – z.B. Steuererleichterungen für Start-ups, Tonnage Tax, Abschaffung der Stempelabgaben, Anpassungen bei der Verrechnungssteuer.

Zusätzliche Massnahmen zur ausgewogenen Verteilung der Reformlasten

Ville de Genève, drei Parteien (EVP, GPS, SPS), der SGB und TravailSuisse fordern weitergehende Erhöhungen bei der Dividendenbesteuerung und/oder bei den Mindestvorgaben für Familienzulagen. Umgekehrt fordern sie weniger steuerliche Entlastungen bspw. durch eine eingeschränkte Patentbox und/oder den Verzicht auf die zusätzlichen F&E-Abzüge.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, alle Kantone, SSV, Städtische Steuerkonferenz, KSFD, Landeskirchen

Ville de Genève

Parteien

BDP, EVP, glp, SPS

Organisationen und Weitere

SSV, SAB, economiesuisse, SBVg, SGV, CP, FER, EXPERTsuisse, veb, SwissHoldings

CCIG, Coop, FDP Kanton ZH, FTAF, FGPF, FREI connect, GastroSuisse, KGL, GZA, GEM, HKBB, hotelleriesuisse, HEV Kanton ZH, ICC, ICTswitzerland, IG Detailhandel, IVS, Interpharma, Konferenz der NFA-Geberkantone, SVV, SOHK,suissetec, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, Swissmem, VAV, ABPS, ZVDS, ZBV

Zustimmung mit Vorbehalt

Parteien

FDP, SVP

Organisationen und Weitere

TravailSuisse, SVDS, VPAG, TREUHANDSUISSE, CNCI, VBSS, constructionvalais, IHK SG-A, WU

Ablehnung

Parteien

CVP, GPS

Organisationen und Weitere

SGB, AllianceSud, CCI Valais, CGAS, Freiheit + Verantwortung, KGL, KMU-Forum, Marti, SBmV, SGUV, SFB, Swiss Textiles, Wenk

4.2 Zentrale Massnahmen der SV17

4.2.1 Abschaffung der Regelungen für kantonale Statusgesellschaften

Wichtigste Aussage:

Die Notwendigkeit der Abschaffung ist unbestritten.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK und alle Kantone, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, KSFD, CLDF, Landeskirchen, Ville de Genève

Parteien

BDP, EVP, CVP, FDP, GPS, glp, SVP, SPS

Organisationen und Weitere

SSV, SAB, economiesuisse, SwissHoldings, SBVg, SGB, CP, FER, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb, SVDS

AGV, Alliance Sud, Bruhin, CCIG, CNCI, CCI Valais, Pro-Economy, CVCI, CLDF, Coop, FDP Kanton ZH, FPV, FTAF, FGPF, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, KGL, GZA, GEM, HAW, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, IG Detailhandel, IHK SG-A, IHZ, ZHK, IVS, Interpharma, KMU-Forum, Marti, Schindler, SVV, SOHK, suissetec, SFB, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, Swissmem, VAV, VBSS, VPAG, ABPS, VSUD, WU, ZVDS, ZBV

4.2.2 Einführung einer Patentbox (Gesetz und Verordnung)

Wichtigste Aussagen:

Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützt die Massnahme.

Gesetz

Sieben Kantone (AI, GE, GL, GR, SH, TG, VD), Ville de Genève und zwei Parteien (GPS und FDP) sowie zehn Organisationen (SGV, CP, Städtische Steuerkonferenz, CCIG, FPV, KGL, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, SGUV, ZVDS) fordern, dass die Patentbox für die Kantone fakultativ ist.

Zehn Kantone (AI, BL, GL, OW, SG, SO, SZ, TG, ZG, ZH), der SSV, die Städtische Steuerkonferenz und die KSFD fordern eine restriktivere Ausgestaltung der Patentbox (insbesondere ohne im Ausland patentierte Software).

Zwei Kantone (NW, TI), die SVP sowie 33 Organisationen (SGV, economiesuisse, SwissHoldings, EXPERTsuisse, AROPI, VSP, VESPA, VIPS, VAV, CCI Valais, Pro-Economy, CVCI, constructionvalais, Coop, FDP Kanton ZH, FTAF, Forum Zürich, KGL, GZA, HAW, ZHK, HEV Kanton ZH, ICTswitzerland, IG Detailhandel, IHZ, IVS, KMU-Forum, scienceindustries, Swiss Amcham, VSUD, WK-BL, ZVDS, ZBV) möchten eine Patentbox mit allen gemäss OECD zulässigen qualifizierenden Rechten.

Zwei Parteien (GPS und SP) sowie der SGB möchten die Patentbox zeitlich befristen.

Die FDP und sechs Organisationen (Economiesuisse, SwissHoldings, EXPERTsuisse, SBVg, VAV, FDP Kanton AG) halten eine höhere Entlastung des Boxengewinns (100 Prozent statt wie vorgeschlagen 90 Prozent) für prüfenswert.

Acht Organisationen (SwissHoldings, scienceindustries, AROPI, VSP, VESPA, VIPS, Interpharma, Swissmem) beantragen Exklusivlizenzen an qualifizierenden Rechten und den Berichtschutz gemäss Pflanzenschutzmittelverordnung als vergleichbare Rechte anzuerkennen.

Acht Organisationen (economiesuisse, EXPERTsuisse, Interpharma, scienceindustries, Swissmem, VESPA, VSP, ZVDS) erachten einen Kostenaufschlag für Routinefunktionen von 6 Prozent als zu hoch oder wollen ihn nach Branchen diversifizieren.

Der Kanton TG, die CVP sowie 6 Organisationen (SVDS, Alliance Sud, Bruhin, IHK SG-A, Marti, Swiss Textiles) lehnen die Massnahme ab.

Verordnung

Drei Organisationen (AROPI, VSP und VESPA) fordern, dass die ermässigte Besteuerung statt ab Erteilung bereits ab Anmeldung des Patentbesitzes beantragt werden kann.

Der Kanton BS und 15 Organisationen (economiesuisse, SwissHoldings, EXPERTsuisse, SBVg, VAV, HAW, ZHK, HEV Kanton ZH, IHZ, IVS, Interpharma, scienceindustries, Swiss Amcham, VSUD, ZBV) möchten die Besteuerung beim Eintritt in die Patentbox reduzieren oder es grundsätzlich den Kantonen überlassen, wie sie den Eintritt in die Patentbox regeln.

Der Kanton BS und vier Organisationen (economiesuisse, SwissHoldings, Interpharma und scienceindustries) fordern, dass für die Berechnung des Nexusquotienten der Aufwand für Forschung und Entwicklung von mehr als den in Artikel 4 Absatz 2 E-Verordnung vorgesehenen 11 Steuerperioden berücksichtigt wird.

FDK/KdK, sechs Kantone (GR, LU, JU, NW, SO, UR) und der SSV wünschen eine erneute Konsultation zur Verordnung, wenn die gesetzliche Regelung zur Patentbox definitiv feststeht.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AR, AG, BS, BE, BL, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Landeskirchen

Ville de Genève

Parteien

EVP, FDP, GPS, glp, SVP, SPS

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, SGV, SwissHoldings, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, SBVg, CP, FER, veb, AIROPI, VSP, VESPA, VIPS

VAV, AGV, CCIG, CNCI, CCI Valais, Pro-Economy, CVCI, constructionvalais, Coop, CVP Kanton ZH, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FPV, FGPF, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, KGL, GZA, HKKB, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, ICTswitzerland, IG Detailhandel, IHZ, IVS, Interpharma, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Schindler, SGUV, SOHK, suissetec, SFB, STSA, Swiss Amcham, Swissmem, VBSS, VPAG, VSUD, WK-BL, ZVDS

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

TG

Parteien

CVP

Organisationen und Weitere

SVDS, Alliance Sud, Bruhin, IHK SG-A, Marti, Swiss Textiles

4.2.3 Einführung zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsabzüge (F&E-Abzüge)

Wichtigste Aussagen:

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und –teilnehmer unterstützt die Massnahme.

Sechs Organisationen (economiesuisse, EXPERTsuisse, SBVg, VAV, Swiss Re, Swiss Amcham) wollen über dem pauschalen Zuschlag von 35 Prozent liegende F&E-Aufwendungen bei Nachweis ebenfalls zum Abzug zulassen.

Vier Organisationen (EXPERTsuisse, GZA, Interpharma und Swiss Re) möchten auch oder zumindest teilweise den ausländischen F&E-Aufwand einbeziehen.

Fünf Organisationen (SGV, KGL, sciencesindustries, Swiss Textiles, Swiss Amcham) möchten eine möglichst breite Definition von F&E.

Die Städtische Steuerkonferenz und VBSS möchten demgegenüber eine möglichst enge Definition von F&E.

Ville de Genève, drei Parteien (CVP, GPS und SPS) sowie fünf Organisationen (SGB, SVDS, Bruhin, IHK SG-A und VBSS) lehnen die Massnahme ab.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AI, AG, AR, BE, BL, BS, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Landeskirchen

Parteien

BDP, EVP, FDP, glp, SVP

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, SGV, SwissHoldings, SBVg, CP, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb, FER

AGV, CCIG, CNCI, CCI Valais, Pro-Economy, CVCI, constructionvalais, Coop, CVP Kanton ZH, FDP Kanton Aargau, FDP Kanton ZH, FPV, FTAF FGPF, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, GZA, GEM, HKBB, HAW, ZHK, HEV Kanton ZH, hotelleriesuisse, ICTswitzerland, IG Detailhandel, IHZ, Interpharma, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Marti, Schindler, SGUV, scienceindustries, SOHK, suissetec, SFB, Swiss Re, Swiss Textiles, STSA, Swissmem, VAV, VPAG, VSUD, ZVDS, ZBV

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

Ville de Genève

Parteien

CVP, GPS, SPS

Organisationen und Weitere

SGB, SVDS, Bruhin, IHK SG-A, VBSS

4.2.4 Einführung einer Entlastungsbegrenzung

Wichtigste Aussagen:

Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützt die Massnahme.

KdK/FDK und die Mehrheit der Kantone (AI, AR, BL, BS, GL, JU, LU, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, ZG, ZH) beantragen eine Umformulierung der Entlastungsbegrenzung um klarzustellen, dass die Besteuerung bei Eintritt in die Patentbox nicht von der Entlastungsbegrenzung betroffen ist.

Die SVP und sieben Organisationen (economiesuisse, SBVg, EXPERTsuisse, VAV, FDP Kanton AG, SFB und Swiss Amcham) möchten eine höhere Entlastungsbegrenzung.

Zwei Kantone (GE und NE), Ville de Genève, zwei Parteien (GPS und SPS) sowie drei Organisationen (Freiheit + Verantwortung, SFB und VBSS) möchten eine tiefere Entlastungsbegrenzung.

Die FDP und vier Organisationen (SGV, TREUHANDSUISSE, KGL und ZVDS) möchten eine fakultative Entlastungsbegrenzung oder es den Kantonen überlassen, die Höhe der Entlastungsbegrenzung festzulegen.

Fünf Organisationen (economiesuisse, SwissHoldings, SBVg, VSUD und ZVDS) lehnen es ab, dass Abschreibungen aus einem vorzeitigen Statusaustritt auch von der Entlastungsbegrenzung erfasst werden (vgl. Art. 78g E-StHG).

Die CVP und zwei Organisationen (SVDS und IHK SG-A) lehnen die Massnahme ab.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK, FDK, AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Landeskirchen, Ville de Genève

Parteien

EVP, FDP, GPS, glp, SPS, SVP

Organisationen und Weitere

economiesuisse, SGV, SwissHoldings, SBVg, SGB, CP, FER, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb

CCIG, CNCI, CCI-Valais, Pro-Economy, CVCI, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FPV, FTAF FGPF, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, KGL, GZA, GEM, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IHZ, IVS, Interpharma, Marti, Schindler, SGUV, suisse-tec, SFB, STSA, Swiss Amcham, VAV, VSUD, VBSS, VPAG, ZVDS, ZBV

Ablehnung

Parteien

CVP

Organisationen und Weitere

SVDS, IHK SG-A

4.2.5 Erhöhung der Dividendenbesteuerung

Wichtigste Aussagen:

Die Massnahme ist umstritten.

Zustimmende Stellungnahmen

KdK/FDK, die überwiegende Mehrheit der Kantone (AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, LU, NE, OW, SG, SH, TI, UR, VS, ZG, ZH), SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, drei Parteien (EVP, GPS und SPS) sowie neun Organisationen (SGB, TravailSuisse, CCIG, CNCI, GEM, IG Detailhandel, IVS, Marti und VBSS) unterstützen die Massnahme.

Ville de Genève, drei Parteien (EVP, GPS, SPS) und der SGB würden eine stärkere Erhöhung der Dividendenbesteuerung unterstützen.

Zwei Kantone (AG und BL) sowie zwei Organisationen (CNCI und IVS) möchten bei der Dividendenbesteuerung für die Kantons- und Gemeindesteuern ein tieferes Mindestmass festlegen.

Ablehnung der Massnahme

Drei Kantone (AI, NW und SZ), fünf Parteien (BDP, CVP, FDP, glp, SVP) sowie 41 Organisationen (CVP Kanton ZH, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, economiesuisse, SGV, SBVg, CP, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, SVDS, AGV, CCIF, CCI Valais, Pro-Economy, constructionvalais, FGPF, FPV, FTAF, Forum Zürich, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, KGL, GZA, HKBB, HEV Kanton ZH, IHZ, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Schindler, SBmV, SGUV, SOHK, suissetec, SFB, Swissmem, VAV, VPAG, VSUD, WK-BL und ZVDS) lehnen die Massnahme ab.

Ablehnung der Massnahme auf kantonaler Ebene

Der Kanton VD und 11 Organisationen (SwissHoldings, Interpharma, FER, CVCI, HAW, Swiss Textiles, STSA, Swiss Amcham, WU, ZBV, ZHK) lehnen die Festlegung eines Mindestbesteuermasses für Dividenden auf kantonaler Ebene ab. Teilweise wird gefordert, den Kantonen stattdessen eine rechtsformneutrale Besteuerung im StHG vorzuschreiben.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, LU, NE, OW, SG, SH, TI, UR, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Ville de Genève

Parteien

EVP, GPS, SPS

Organisationen und Weitere

SGB, TravailSuisse, CCIG, CNCI, GEM, IG Detailhandel, IVS, Marti, VBSS

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

AI, NW, SZ, VD

Parteien

BDP, CVP, FDP, glp, SVP

Organisationen und Weitere

economiesuisse, SGV, SBVg, CP, FER, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, SVDS, SwissHoldings

AGV, CCIF, CCI Valais, Pro-Economy, CVCI, constructionvalais, CVP Kanton ZH, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FGPF, FPV, FTAF, Forum Zürich, FREI connect, Freiheit + Verantwortung, GastroSuisse, Interpharma, KGL, GZA, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, IHZ, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Schindler, SBmV, STSA, Swiss Amcham, SGUV, SOHK, suissetec, SFB, Swiss Textiles, Swissemem, VAV, VPAG, VSUD, WU, WK-BL, ZVDS, ZBV, ZHK

4.2.6 Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer

Wichtigste Aussagen:

FDK, KdK und alle Kantone, Konferenz der NFA-Geberkantone, CLDF, SGemV, SSV, KSFD, 6 Parteien (EVP, BDP, CVP, GLP, FDP, SP) und mehrere Organisationen (u.a. SAB, Economiesuisse, SGV, SBVg, Städtische Steuerkonferenz, CP, FER, Swissholdings) befürworten die Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Hingegen kritisiert die Mehrheit derjenigen, die diese Massnahme unterstützen, die Anhebung auf 20,5% und fordert eine Anhebung auf mindestens 21,2%.

Zwei befürwortende Parteien auferlegen zudem Bedingungen: Für die FDP muss das Mass der Erhöhung von der Anzahl freiwilliger steuerlicher Massnahmen abhängen. Für die SP müssen die Steuereinbussen auf Bundesebene auf 500 Millionen Franken begrenzt und kompensiert werden. Drei Kantone (BS, SO, ZH) stellen ein paar zusätzliche Forderungen auf: ZH wünscht ebenfalls eine Erhöhung des Bundesanteils an den Ergänzungsleistungen. BS ist der Meinung, dass die Massnahme per 1. Januar 2019 in Kraft treten sollte und SO verlangt die erneute Prüfung einer vertikalen, von der Bevölkerungsgrösse abhängigen Kompensation.

Zwei Parteien (SVP, Grüne) sowie SGB lehnen diese Massnahme ab. Die Grünen und der SGB halten fest, dass wenn die Massnahme trotz ihrer Opposition verabschiedet werden sollte, ein Teil dieser Beträge zweckgebunden sein sollte und zwar für soziale Leistungen (Verbilligung der Krankenkassenprämien); nach Meinung der Grünen sollte für die Gewinnsteuer eine Untergrenze festgelegt werden. Die SVP ist der Auffassung, dass anstelle dieser Massnahme der Satz der DBSt für juristische Personen auf 7,5% gesenkt werden sollte.

Grundsätzliche Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, sämtliche Kantone sowie SGemV, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz
CLDF, Konferenz der NFA-Geberkantone, Landeskirchen, Ville de Genève

Parteien

BDP, CVP, EVP, FDP, glp, SPS

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, SGV, SBVg, CP, FER, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, Swiss-
holdings

CCIF, CCIG, CNCI, CCI Valais, CVCI, Constructionvalais, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kan-
ton ZH, FPV, FTAF, FGPF, Frei connect, KGL, GZA, GEM, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH,
IG Detailhandel, IHZ, IVS, Marti, Schindler, SBmV, SGUV, SOHK, suissetec, Swiss Re,
Swiss Textiles, STSA, Swiss Amcham, VBSS, VPAG, VAV, ABPS, ABPS, VSUD, WU, WK-
BL, ZBV, ZHK

Ablehnung

Parteien

GPS, SVP

Organisationen und Weitere

SGB, Alliancesud

4.2.7 Berücksichtigung der Städte und Gemeinden

Wichtigste Aussagen:

FDK, KdK und die überwiegende Mehrheit der Kantone, 6 Parteien (CVP, EVP, FDP, Grüne, GLP, SP) sowie mehrere Organisationen (u.a. SAB, Economiesuisse, Städtische Steuerkonferenz, FER, Swissholdings) begrüßen es, dass die Städte und Gemeinden in der Vorlage berücksichtigt werden. Auch SGemV, SSV, KSFD und die Stadt Genf befürworten diese Massnahme, wünschten sich jedoch eine Verschärfung der Bestimmung. Die Landeskirchen sind der Meinung, dass auch die Kirchgemeinden in der Vorlage berücksichtigt werden sollten. ZH fordert als Gegenleistung eine Erhöhung des Bundesanteils an den Ergänzungsleistungen.

Zwei Kantone (GR, AR) und drei Organisationen (u.a. SGV und CP) lehnen die Massnahme ab, weil sie der Auffassung sind, dass sie den föderalistischen Grundsätzen widerspricht.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK und 21 Kantone (AG, AI, BL, BS, BE, FR, GE, JU, LU, NE, NW, UR, SG, SH, SO, SZ, TI, VD, VS, ZG, ZH), SGemV, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Landeskirchen, Ville de Genève

Parteien

CVP, EVP, FDP, GPS, glp, SPS

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, EXPERTsuisse, FER, Swissholdings,

CCIF, CCIG, CNCI, Coop, Marti, FTAF, FGPF, GZA, GEM, HKBB, IVS, Frei connect, IG Detailhandel, Schindler, SGUV, SVV, suissetec, STSA, Swiss Amcham, Swiss RE, VBSS, VPAG, VAV, ZVDS

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

AR, GR

Organisationen und Weitere

SGV, CP, FPV, KGL

4.2.8 Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen

Wichtigste Aussagen:

Die Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen ist umstritten: Während 12 Kantone inklusive KdK und FDK, zwei Parteien (GPS, SPS) sowie mehrere Organisationen die Massnahme unterstützen, wird sie von sechs Kantonen, fünf Parteien und der Mehrheit der Organisationen und weiteren Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer abgelehnt. Die übrigen Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer machen keine Angaben oder äussern keine klare Präferenz.

Von linken Parteien und Organisationen wird teilweise eine weitergehende Erhöhung gefordert: die SPS befürwortet eine Anhebung um mindestens 50 Franken, der SGB um 100 Franken, und TravailSuisse um 60 Franken. GPS erachtet eine Anhebung um 30 Franken als ungenügend, nennt aber keinen Zielwert.

Weiter werden vereinzelt alternative Massnahmen zur Gewährleistung von Ausgewogenheit befürwortet:

- Stärkere Bundesunterstützung bei der individuellen Prämienverbilligung: Kantone NE und VD
- Erhöhte Abzugsfähigkeit von Kinderfremdbetreuungskosten: FDP
- Den sozialen Ausgleich entsprechend den individuellen kantonalen Gegebenheiten umsetzen: Kanton FR, CVP
- Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubs: TravailSuisse, CP
- Den maximalen Steuertarif für natürliche Personen bei der direkten Bundessteuer reduzieren oder Erhöhung des Bundesanteils an Ergänzungsleistungen um einen Achtel (falls vordergründiges Ziel, Kantone und Gemeinden zu entlasten): SVP

Schliesslich opponieren fünf Kantone sowie zwei Organisationen dem Reformelement nicht, sofern die Massnahme die Konsensfähigkeit der Vorlage verbessert.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK und 12 Kantone (AR, BE, BL, BS, GE, JU, LU, NW, SO, SH, UR, ZG), Landeskirchen

Parteien

GPS, SPS

Organisationen und Weitere

SGB, TravailSuisse, FER

CCIF, CCIG, Coop, FPV, FTAF, FGPF, IG Detailhandel, SBLV, STSA

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

6 Kantone (AG, AI, FR, NE, SZ, TI) sowie Städtische Steuerkonferenz, Ville de Genève

Parteien

BDP, CVP, FDP, glp, SVP

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, SGV, SBVg, SVDS, CP, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb, SwissHoldings

AGV, Bruhin, CNCI, CCI Valais, Constructionvalais, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, Forum Zürich, Frei connect, Freiheit & Verantwortung, GastroSuisse, KGL, GZA, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, hotelleriesuisse, IHK St.Gallen-Appenzell, IHZ, IVS, KMU-Forum, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Marti, Schindler, SBMV, SGUV, SOHK, suissetec, SFB, Swiss Re, Swiss Textiles, Swiss Amcham, Swissmem, VBSS, VPAG, VAV, VSUD, WU, WK-BL, ZVDS, ZBV, ZHK

4.3 Weitere Massnahmen der SV17

4.3.1 Entlastungen bei der Kapitalsteuer

Wichtigste Aussagen:

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützt die Massnahme.

Die KdK/FDK, die grosse Mehrheit der Kantone (AI, AR, BL, GE, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SZ, TG, UR, VD, VS, ZG, ZH) und 20 Organisationen (economiesuisse, SwissHoldings, EXPERTsuisse, SBVg, CP, FER, VAV, CCIG, FDP Kanton ZH, GEM, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IVS, Interpharma, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, ZVDS, ZBV) fordern, zusätzlich das Eigenkapital, das auf Konzerndarlehen entfällt, in die Entlastung einzubeziehen.

Zwei Parteien (GPS und SPS) sowie Alliance Sud lehnen die Massnahme ab.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz

Parteien

EVP, FDP, glp

Organisationen und Weitere

economiesuisse, SGV, SwissHoldings, SBVg, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, FER, veb

CCIG, CNCI, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FTAF, FGPF, FREI connect, Gastro-Suisse, KGL, GZA, GEM, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IG Detailhandel, IHZ, IVS, Interpharma, KMU-Forum, Marti, Schindler, SGUV, suissetec, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, VAV, VBSS, VPAG, VSUD, WK-BL, ZVDS, ZBV

Ablehnung

Parteien

GPS, SPS

Organisationen und Weitere

Alliance Sud

4.3.2 Aufdeckung stiller Reserven

Wichtigste Aussagen:

Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützt die Massnahme.

Die KdK/FDK und die Mehrheit der Kantone (AI, AR, GL, LU, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, UR, VD, VS, ZG, ZH) sowie EXPERTsuisse fordern zusätzlich den Einbezug des Umlaufvermögens für die Aufdeckung stiller Reserven.

Der SSV und die KFSD wollen eine kürzere Abschreibungsdauer für die bei Beginn der Steuerpflicht aufgedeckten stillen Reserven.

Andere Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (SVDS, FDP Kanton ZH, HAW, HEV Kanton ZH, Schindler, Swiss Re, VSUD, ZVDS, ZBV, ZHK) erachten die für die Sonderbesteuerung nach Artikel 78g E-StHG vorgesehene Frist als zu kurz.

Swiss Amcham möchte keine zeitliche Begrenzung der Abschreibungsdauer.

Die SPS und die Städtische Steuerkonferenz lehnen die Aufdeckung stiller Reserven bei Zuzug aus dem Ausland ab.

Drei Organisationen (SGV, ZVDS und KGL) erachten die bestehende Praxis zum Statuswechsel als ausreichend. Die Limmattaler Wirtschaftsverbände und SGUV wollen keine bürokratischen Regelungen.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AG, AI, AR, BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz

Parteien

EVP, CVP, FDP, GPS, glp, SVP, SPS

Organisationen und Weitere

economiesuisse, SwissHoldings, EXPERTsuisse, SBVg, SGB, CP, FER, SVDS, VAV
CCIG, CNCI, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FPV, FTAF, FGPF, FREI connect, GZA, GEM, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IG Detailhandel, IHZ, IVS, Interpharma, KMU-Forum, Schindler, suissetec, Swiss Re, STSA, Swiss Amcham, VBSS, VPAG, VSUD, WK-BL, ZVDS, ZBV

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

Ville de Genève

Organisationen und Weitere

SGV, TREUHANDSUISSE, KGL, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Marti, SGUV

4.3.3 Anpassungen bei der Transponierung

Wichtigste Aussagen:

Die KdK/FDK, alle Kantone ausser BL, SSV, Städtische Steuerkonferenz, KSFD und Ville de Genève, vier Parteien (EVP, FDP, glp und SPS) sowie 15 Organisationen (SGB, CP, FER, SVDS, CCIG, Coop, FGPF, GEM, HAW, ZHK, IG Detailhandel, IHZ, Marti, VAV, VBSS) unterstützen die Massnahme.

Der Kanton BL, die SVP sowie 24 Organisationen (economiesuisse, SGV, SBVg, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb, SwissHoldings, FDP Kanton ZH, VAV, Bruhin, CNCI, FREI connect, KGL, GZA, HKBB, Interpharma, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Schindler, suissetec, Swiss Re, Swiss Amcham, VPAG, VSUD, ZVDS) lehnen die Massnahme ab.

13 Organisationen (FER, CVCI, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IHZ, IVS, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Swiss Amcham, VPAG, VSUD, ZVDS) monieren den fehlenden Zusammenhang mit den Zielen der SV17.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AG, AI, AR, BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, Städtische Steuerkonferenz, KSFD

Ville de Genève

Parteien

EVP, FDP, glp, SPS

Organisationen und Weitere

SGB, CP, FER, SVDS

CCIG, Coop, FGPF, GEM, HAW, ZHK, IG Detailhandel, IHZ, Marti, VAV, VBSS

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

BL

Parteien

SVP

Organisationen und Weitere

economiesuisse, SGV, SBVg, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, veb, SwissHoldings

FDP Kanton ZH, VAV, Bruhin, CNCI, FREI connect, KGL, GZA, HKBB, Interpharma, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Schindler, suissetec, Swiss Re, Swiss Amcham, VPAG, VSUD, ZVDS

4.3.4 Ausdehnung der pauschalen Steueranrechnung

Wichtigste Aussagen:

KdK/FDK, alle Kantone ausser BS, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz, Ville de Genève, drei Parteien (EVP, FDP und glp) sowie 32 Organisationen (economiesuisse, SGV, SwissHoldings, SBVg, CP, veb, EXPERTsuisse, TREUHANDSUISSE, CCIG, CNCI, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FGPF, FREI connect, GZA, GEM, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IG Detailhandel, IVS, Interpharma, Marti, Schindler, SFAMA, Swiss Re, Swiss Amcham, VAV, VBSS, VPAG, ZBV) unterstützen die Massnahme.

Der Kanton BS, zwei Parteien (GPS und SPS) sowie vier Organisationen (SVDS, KGL, suissetec und ZVDS) lehnen die Massnahme ab.

Vier Organisationen (FER, FGPF, SVDS und ZVDS) monieren den fehlenden Zusammenhang mit den Zielen der SV17 oder sehen in der Massnahme eine unnötige Verkomplizierung der Vorlage.

SFAMA fordert die pauschale Steueranrechnung auch für kollektive Kapitalanlagen.

Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

KdK/FDK, AG, AI, AR, BE, BL, GE, GR, JU, LU, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, SSV, KSFD, Städtische Steuerkonferenz

Ville de Genève

Parteien

EVP, FDP, glp

Organisationen

economiesuisse, SGV, SwissHoldings, SBVg, CP, veb, EXPERTsuisse, TREUHAND-SUISSE

CCIG, CNCI, Coop, FDP Kanton AG, FDP Kanton ZH, FGPF, FREI connect, GZA, GEM, HAW, HEV Kanton ZH, ZHK, IG Detailhandel, IVS, Interpharma, Marti, Schindler, SFAMA, Swiss Re, Swiss Amcham, VAV, VBSS, VPAG, ZBV

Ablehnung

Kantone, Städte und Gemeinden

BS

Parteien

GPS, SPS

Organisationen und Weitere

SVDS, KGL, suissetec, ZVDS

4.3.5 Anpassungen im Finanzausgleich

a Allgemeine Bemerkungen

Wichtigste Aussagen:

Die Anpassung des Finanzausgleichs an die neuen steuerpolitischen Massnahmen ist weitgehend unbestritten.

Die FDK, die KdK und 10 Kantone (AR, GE, GR, JU, LU, NE, NW, SO, TI, UR) möchten detailliertere Schätzungen und Simulationen zu den Auswirkungen der Reform auf den Finanzausgleich.

Die FDK, die KdK und 12 Kantone (AR, BL, GR, JU, LU, NW, OW, SO, TG, UR, ZG, ZH) sowie die Konferenz der NFA-Geberkantone fordern Anpassungen an der Formulierung von Art. 23a Abs. 1 E-FiLaG (ohne materielle Änderung).

Die Ausrichtung von Ergänzungsbeiträgen in der Übergangsphase wird weitgehend gutgeheissen. Teilweise sprechen sich die Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer explizit für (FDK, KdK, AR, FR, GR, JU, LU, NW, UR, SAB, CP, WU) oder gegen eine Kompensation von betroffenen Kantonen aus (Ville de Genève: stattdessen Erhöhung des Lastenausgleichs). Die Konferenz der NFA-Geberkantone und SZ befürworten eine Garantie der Mindestausstattung in der Übergangsphase. Ergänzungsbeiträge sollen jedoch nur ausgerichtet werden, soweit sie für das Erreichen des Mindestausstattungsziels notwendig sind. ZH möchte ebenfalls, dass ein Nachweis für die Notwendigkeit von Ergänzungsbeiträgen erbracht wird.

FDK, KdK, Konferenz der NFA-Geberkantone, JU, LU, NW, SO und der SSV möchten vor der Verabschiedung der Verordnungen nochmals Stellung nehmen.

Bezüglich der Einführung von Zeta-Faktoren werden verschiedene Anpassungsvorschläge gemacht: entweder, dass nur ein Zeta-Faktor eingeführt wird, d.h. dass die Patentboxen nicht berücksichtigt werden (GE, NE, SH, TG, Ville de Genève); oder, dass mehr als zwei Zeta-Faktoren eingeführt werden (Konferenz der NFA-Geberkantone, AG, AR, EXPERTsuis-

se); oder aber, dass generell eine Gleichbehandlung erfolgt (FR, VD). Diesbezüglich ist ebenfalls auf die Ausführungen zur obligatorischen oder fakultativen Ausgestaltung der Patentboxen hinzuweisen (Ziff. 4.2.2), da nur obligatorische Massnahmen im Rahmen des Ressourcenausgleichs berücksichtigt werden.

Einerseits wird eine Festsetzung der Zeta-Faktoren auf einem tieferen Niveau gefordert (SGV, SwissHoldings, KGL, Interpharma, Schindler, ZVDS). Andererseits werden aber auch eine Festsetzung dieser Faktoren auf einem höheren Niveau oder andere Massnahmen zur Einschränkung des Steuerwettbewerbs gefordert (GPS, SPS, SAB, SGB, VBSS).

Vgl. zu den Zeta-Faktoren ebenfalls die Stellungnahmen der Kantone zur Festlegung von Unter- und Obergrenzen für diese Faktoren (vgl. Abschnitt c).

Grundsätzliche Zustimmung

Kantone, Städte und Gemeinden

FDK/KdK, alle Kantone, SSV, Städtische Steuerkonferenz, KSFD

Ville de Genève

Parteien

CVP, EVP, FDP, GPS, glp, SPS

Organisationen und Weitere

SAB, economiesuisse, SGV, SAGV, SBVg, SGB, CP, FER, EXPERTsuisse, veb, SwissHoldings,

CCIG, CNCI, Coop, FDP Kanton ZH, FTAF, FGPF, FREI connect, KGL, GZA, GEM, HKBB, HAW, HEV Kanton ZH, IG Detailhandel, IHK SG-A, IVS, Interpharma, Limmattaler Wirtschaftsverbände, Marti, SGUV, scienceindustries, suissetec, STSA, Swiss Amcham, VBSS, VPAG, VAV, VSUD, ZBV, ZHK

b Verordnungsänderungen zum Finanzausgleich (FiLaV): Stichtag für die Statusaufgabe

Der Fragebogen bezüglich des Stichtags für Statusaufgaben wurde nur den Kantonen zugestellt. Deshalb werden nur diese Stellungnahmen aufgeführt.

Wichtigste Aussagen:

Die Mehrheit der Kantone ist mit dem Stichtag bezüglich des Effekts der Statusaufgaben einverstanden. Die FDK verweist auf die Stellungnahmen der Kantone.

FR möchte eine Präzisierung für den Fall, dass sich die Geschäftsjahre über zwei Kalenderjahre erstrecken.

VD und NE möchten das Datum in Abhängigkeit zum Inkrafttreten der SV17 festlegen. VD schlägt vor, das Datum auf den 31. Dezember 2017 zu fixieren.

Zustimmung

AG, AI, AR, BE, BL, BS, GL, GR, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TI, ZG, ZH

Ablehnung

NE, VD

c Verordnungsänderungen zum Finanzausgleich (FiLaV): Spannweite der Unter- und Obergrenzen der Zeta-Faktoren

Der Fragebogen bezüglich der Spannweite von Unter- und Obergrenzen wurde nur den Kantonen zugestellt. Deshalb werden nur diese Stellungnahmen aufgeführt.

Wichtigste Aussagen:

Die in der Verordnung vorgeschlagene Spannweite von zehn Prozentpunkten ist für die FDK und für die Mehrheit der Kantone angemessen. BL, SH, ZH fordern eine engere Spannweite (BL: 30–35%, SH: 27–32%). AR, GR, SG, VS äussern sich nicht zur Spannweite, sondern nur zur Höhe. Sieben Kantone (FR, GE, NE, NW, OW, UR, ZH) möchten mehr Informationen für die Beurteilung erhalten.

Viele Kantone äussern sich kritisch gegenüber der Höhe der vorgeschlagenen Werte. Der FDK und zehn Kantone (AR, FR, GR, JU, LU, NW, SG, SO, SZ, UR) erscheinen die Werte tief angesetzt. FDK, AR, GR, JU, LU, NW verweisen auf die Asymmetrie des Konzepts (Einbezug des Einkommens und Vermögens der natürlichen Personen, aber nur des Gewinns ohne Kapital der juristischen Personen). AR, GR, SG, VS schlagen vor, die Untergrenze auf 40% bzw. 50% festzulegen.

Konferenz der NFA-Geberkantone, BS, SZ, VD, ZH verweisen auf eine restriktive Verwendung der Unter- und Obergrenzen. Diese sollen lediglich Schwankungen bzw. Ausreisser nach unten (AG) verhindern.

Sechs Kantone (FR, GE, OW, UR, VS, ZH) fordern vertiefte Grundlagen oder Simulationen für die Beurteilung bzw. eine Aktualisierung nach Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen.

FDK, JU, LU, NW und SO beantragen, vor der Verabschiedung der Verordnungen durch den Bundesrat nochmals Stellung nehmen zu können.

Zustimmung

FDK, Konferenz der NFA-Geberkantone, AG, AI, BE, BS, FR, GL, JU, LU, NW, OW, SO, SZ, TI, UR, VD, ZG,

Ablehnung

BL, SH, VS, ZH (engere Spannweite).

Anhänge

- Verzeichnis der Vernehmlassungsadressaten

Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

1. Kantone

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Kanton Zürich	ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Bern	BE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Luzern	LU	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Uri	UR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schwyz	SZ	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Obwalden	OW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Nidwalden	NW	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Glarus	GL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Zug	ZG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Freiburg	FR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Solothurn	SO	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Stadt	BS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Basel-Land	BL	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Schaffhausen	SH	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Appenzell Innerrhoden	AI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton St. Gallen	SG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Graubünden	GR	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Aargau	AG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Thurgau	TG	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Tessin	TI	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Waadt	VD	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Wallis	VS	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Neuenburg	NE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Genf	GE	<input checked="" type="checkbox"/>
Kanton Jura	JU	<input checked="" type="checkbox"/>
Konferenz der Kantonsregierungen	KdK	<input checked="" type="checkbox"/>

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz	BDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz	CVP	<input checked="" type="checkbox"/>
Christlich-soziale Partei Obwalden	csp-ow	
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis	CSPO	
Evangelische Volkspartei der Schweiz	EVP	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP. Die Liberalen	FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne Partei der Schweiz	GPS	<input checked="" type="checkbox"/>
Grünliberale Partei Schweiz	glp	<input checked="" type="checkbox"/>
Lega dei Ticinesi	Lega	
Mouvement Citoyens Romand	MCR	
Partei der Arbeit	PDA	
Schweizerische Volkspartei	SVP	<input checked="" type="checkbox"/>

Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SPS	<input checked="" type="checkbox"/>
--	-----	-------------------------------------

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Schweizerischer Gemeindeverband	SGemV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerischer Städteverband	SSV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	SAB	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen	economiesuisse	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerischer Arbeitgeberverband	SAGV	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Schweiz. Bauernverband	SBV	
Schweizerische Bankiervereinigung	SBVg	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Gewerkschaftsbund	SGB	<input checked="" type="checkbox"/>
Kaufmännischer Verband Schweiz	KV Schweiz	<input checked="" type="checkbox"/> (Verzicht)
Travail.Suisse	Travail.Suisse	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Finanzbehörden und Steuer-Organisationen

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	FDK	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Steuerkonferenz	SSK	
Städtische Steuerkonferenz		<input checked="" type="checkbox"/>
Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	KSFD	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Vereinigung diplomierter Steuerexperten	SVDS	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Vereinigung für Steuerrecht IFA		

6. Übrige Organisationen und Interessenten

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Association Internationale pour la Protection de la Propriété Intellectuelle Switzerland		

Association Romande de Propriété Intellectuelle	AROPI	<input checked="" type="checkbox"/>
Centre Patronal	CP	<input checked="" type="checkbox"/>
Fédération des Entreprises Romandes	FER	<input checked="" type="checkbox"/>
Licensing Executive Society Schweiz		
Schweizerischer Anwaltsverband		
EXPERTsuisse, Schweizerischer Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand	EXPERTsuisse	<input checked="" type="checkbox"/>
TREUHAND SUISSE (Schweizerischer Treuhänder-Verband)	TREUHANDSUISSE	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerische Landeskirchen	Landeskirchen	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerischer Verband für Rechnungslegung und Controlling – veb.ch	veb	<input checked="" type="checkbox"/>
Verband der freiberuflichen Europäischen und Schweizer Patentanwälte	VESPA	<input checked="" type="checkbox"/>
Verband der Industriepatentanwälte in der Schweiz	VIPS	<input checked="" type="checkbox"/>
Verband Schweizerischer Patent- und Markenanwälte	VSP	<input checked="" type="checkbox"/>
Verband Schweizerischer Vermögensverwalter		
Schweiz. Vereinigung unabhängiger Finanzberater		
SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne in der Schweiz	SwissHoldings	<input checked="" type="checkbox"/>
Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz (pro-Fonds)		

7. Nicht offiziell angeschriebene Vernehmlassungsteilnehmende

Adressaten	Abkürzungen	eingegangene Stellungnahme
Aargauischer Gewerbeverband	AGV	<input checked="" type="checkbox"/>
Alliance Sud		<input checked="" type="checkbox"/>
Bruhin & Partner AG	Bruhin	<input checked="" type="checkbox"/>
Chambre de commerce et d'industrie du canton de Fribourg	CCIF	<input checked="" type="checkbox"/>
Chambre de commerce, d'industrie et de service de Genève	CCIG	<input checked="" type="checkbox"/>
Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie	CNCI	<input checked="" type="checkbox"/>
Chambre valaisanne de commerce et d'industrie	CCI Valais	<input checked="" type="checkbox"/>
Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie	CVCI	<input checked="" type="checkbox"/>
Communauté genevoise d'action syndicale	CGAS	<input checked="" type="checkbox"/>
Conférence Latine des Directeurs Cantonaux des Finances		<input checked="" type="checkbox"/>

Constructionvalais		<input checked="" type="checkbox"/>
Coop		<input checked="" type="checkbox"/>
CVP Kanton Zürich	CVP Kanton ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Kanton Aargau	FDP Kanton AG	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP Kanton Zürich	FDP Kanton ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
Fédération Patronale Vaudoise	FPV	<input checked="" type="checkbox"/>
Federazione Ticinese delle Associazioni di Fiduciari	FTAF	<input checked="" type="checkbox"/>
Fondation Genève Place Financière	FGPF	<input checked="" type="checkbox"/>
Forum Zürich		<input checked="" type="checkbox"/>
FREI connect		<input checked="" type="checkbox"/>
Freiheit und Verantwortung	Freiheit + Verantwortung	<input checked="" type="checkbox"/>
GastroSuisse		<input checked="" type="checkbox"/>
Gewerbeverband Kanton Luzern	KGL	<input checked="" type="checkbox"/>
Greater Zurich Area AG	GZA	<input checked="" type="checkbox"/>
Groupement des Entreprises Multinationales	GEM	<input checked="" type="checkbox"/>
Handelskammer beider Basel	HKBB	<input checked="" type="checkbox"/>
Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur	HAW	<input checked="" type="checkbox"/>
Hauseigentümerverband des Kantons Zürich	HEV Kanton ZH	<input checked="" type="checkbox"/>
hotelleriesuisse		<input checked="" type="checkbox"/>
ICC Switzerland		<input checked="" type="checkbox"/>
ICTswitzerland		<input checked="" type="checkbox"/>
IG Detailhandel Schweiz		<input checked="" type="checkbox"/>
Industrie- und Handelskammer St. Gallen - Appenzell	IHK SG-A	<input checked="" type="checkbox"/>
Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz	IHZ	<input checked="" type="checkbox"/>
Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen	IVS	<input checked="" type="checkbox"/>
interpharma		<input checked="" type="checkbox"/>
Klein Fritz Thomas	Klein	<input checked="" type="checkbox"/>
KMU-Forum		<input checked="" type="checkbox"/>
Konferenz der NFA-Geberkantone		<input checked="" type="checkbox"/>
Limmattaler Wirtschaftsverbände		<input checked="" type="checkbox"/>
Marti Peter	Marti	<input checked="" type="checkbox"/>
Pro-Economy.VS	Pro-Economy	<input checked="" type="checkbox"/>
Schindler Holding	Schindler	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Bäuerinnen- und Landfrauenverband	SBLV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Baumeisterverband	SBmV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweiz. Gerüstbau-Unternehmer-Verband	SGUV	<input checked="" type="checkbox"/>
Schweizerischer Versicherungsverband	SVV	<input checked="" type="checkbox"/>
scienceindustries		<input checked="" type="checkbox"/>
Solothurner Handelskammer	SOHK	<input checked="" type="checkbox"/>
suissetec		<input checked="" type="checkbox"/>
Swiss Family Business	SFB	<input checked="" type="checkbox"/>

Swiss Funds & Asset Management Association	SFAMA	<input checked="" type="checkbox"/>
Swiss Re		<input checked="" type="checkbox"/>
Swiss Textiles		<input checked="" type="checkbox"/>
Swiss Trading & Shipping Association	STSA	<input checked="" type="checkbox"/>
Swiss-American Chamber of Commerce	Swiss Amcham	<input checked="" type="checkbox"/>
Swissmem		<input checked="" type="checkbox"/>
Verband Bernischer Steuerwalterinnen und Steuerwalter	VBSS	<input checked="" type="checkbox"/>
Vereinigung der privaten Aktiengesellschaften	VPAG	<input checked="" type="checkbox"/>
Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken	VAV	<input checked="" type="checkbox"/>
Vereinigung Schweizerischer Privatbanken	ABPS	<input checked="" type="checkbox"/>
Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland	VSUD	<input checked="" type="checkbox"/>
Ville de Genève		<input checked="" type="checkbox"/>
Wenk Alexander	Wenk	<input checked="" type="checkbox"/>
Wirtschaft Uri	WU	<input checked="" type="checkbox"/>
Wirtschaftskammer Baselland	WK-BL	<input checked="" type="checkbox"/>
Zentralschweiz. Vereinigung dipl. Steuerexperten	ZVDS	<input checked="" type="checkbox"/>
Zürcher Bankenverband	ZBV	<input checked="" type="checkbox"/>
Zürcher Handelskammer	ZHK	<input checked="" type="checkbox"/>